

**„Staat der Juden – jüdischer Staat – Staat seiner
Bürger?
Politik und Religion in Israel“¹**

I. Einleitende Bemerkungen und Abgrenzungen:

Ich werde kein Referat über den Nahostkonflikt halten, sondern strittige innerjüdisch-zionistische Narrative zum Verhältnis zwischen Religion und Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts herausarbeiten.

Dabei wird sich zeigen, dass die Kontroversen nicht erst von den Entwicklungen nach 1967 herrühren. Welche Auswirkungen der Streit heute für die zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in Israel haben, wird sich aus meinen Bemerkungen vor allem induktiv ergeben.

II. Zur historischen Herleitung im 19. Jahrhundert

Die Vorkämpfer der staatsbürgerlichen Gleichstellung unterschätzten den Aderlass am jüdischen Selbstverständnis. Die Folge war innerjüdisch die Entstehung des Begriffs „die jüdische Frage“ oder die „Judenfrage. Nicht in Übernahme der Begrifflichkeit der Antisemiten. Die Appelle galten vielmehr der kulturellen Selbstbehauptung in der Zeit,

¹ Referat gehalten am 22. Oktober 2013 im Rahmen der Tagung „Staat der Juden – jüdischer Staat – Staat seiner Bürger?“ in der Ev. Stadtakademie München. Das zweite Referat des Abends hielt der emeritierte Erziehungswissenschaftler Prof.Dr. Micha Brumlik, Berlin. Als Mitverabstalterin des Abends hat die Petra-Kelly-Stiftung den Beitrag auf ihre Homepage gesetzt:
http://www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user_upload/newsartikel/PDF_Dokus/Bernstein_22.10.13.pdf

- in der die Einheitsgemeinden zugunsten konservativer, liberaler und reformerischer Synagogen aufbrachen,
- die Zahl der Konversionen sprunghaft zunahm,
- der Judenhass rassistisch zu argumentieren begann,
- der Nationalstaatsgedanke auftrat und
- das Konzept des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens Fuß fasste – deutsch vor jüdisch.

Die Antworten darauf fielen höchst unterschiedlich aus:

Zum einen blieb es bei der theologischen Vorgabe, die auf der Einheit des jüdischen Volkes gemäß den Satzungen der Thora beharrte. Zum anderen verlangten die genannten Herausforderungen neue, zum Teil sogar radikale Antworten.

Doch eines war allen Ansätzen gemeinsam: die Abkehr von der Vorgabe der drei talmudischen Eide:

„Einer, dass Israel nicht geschlossen heraufziehe [d.h. Verbot der Masseneinwanderung vor Anbruch der messianischen Zeit], einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, Israel beschwor, sich nicht gegen die weltlichen Völker aufzulehnen [d.h. auf politische Souveränität zu verzichten], und einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, die weltlichen Völker beschwor, Israel nicht übermäßig zu knechten [d.h. vor Verfolgung und Pogrom zu schützen]².“

² BT-K'tubot 111a; Reiner Bernstein: Der Verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 6.

An die Stelle der talmudischen Eide trat ein jüdisch geprägtes Gesellschaftskonzept. So nannte der in Thorn amtierende Rabbiner Zvi Hirsch Kalischer (1795 – 1874) in seiner Programmschrift „Wege nach Zion“ die Einwanderung als „*von höchst religiösem Verdienste*“.

Für Kalischers Zeitgenossen, den aus Sarajevo stammenden Rabbiner Yehuda Alkalay (1798 – 1878), sollte „*unser heiliges Land von unsern Glaubensgenossen in großer Zahl und unter sicheren bürgerlichen Verhältnissen bewohnt werden*“. Dann werde sich Gottes Geist den Juden zuwenden.

Der „Kommunistenrabbi“ und Autor der in Briefform verfassten Schrift „Rom und Jerusalem“ aus dem Jahr 1862, Moses Hess, gründete die „Gesellschaft zum Aufbau des Heiligen Landes“ mit dem Ziel einer sozial breitgefächerten Gesellschaft.

Der aus Odessa stammende Arzt Leon Pinsker wiederum verlangte ein „*Vaterland, eine Heimat, ein Stück Erde, wo wir wie Menschen leben können*“. „*Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist nicht das Heilige, sondern unser eigenes Land*“, notierte er.

Dabei nahmen im Zarenreich manche Juden die reformerischen Erleichterungen des 1881 ermordeten Alexander II. keineswegs begeistert auf, denn sie fürchteten, dass ein Riss in ihr Leben kommen könnte, dass die Freiheit, die sie gewinnen würden, geeignet sei, ihre spezifisch eigene Welt zu zerstören.

Eine vollständige Abkehr vom rabbinischen Judentum schließlich verlangte der Hebräisch schreibende Gelehrte und Redakteur Peretz Smolenskin (1842 – 1885), indem er – wie er schrieb – eine Revolution gegen das sklavenhafte Leben der Bibelfrömmigkeit ausrief und Gott einen Platz im Himmel zuwies:

„Du bist ewig, Du kannst warten. Denn tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag, der gestern vergangen ist, und wie eine

Nachtwache. Unsere Geduld ist aber zu Ende. Vergib Deinen Kindern also, wenn sie das Nahen des Tages beschleunigen.“

und

„Wir wollen jüdische Kinder mit roten Backen und mit gojischem Kopf“,

lautete eine Parole auf einer Konferenz von Jiddischisten in St. Petersburg.

Theodor Herzl rief in seiner Programmschrift „Der Judenstaat“ dem rabbinischen Judentum „unseren Seelsorgern“ zu:

„Es brauchen keine besonderen Versammlungen mit Geschwätz einberufen zu werden... Wir erkennen unsere historische Zusammengehörigkeit nur am Glauben unserer Väter, weil wir ja längst die Sprachen verschiedener Nationen unverlöschar bei uns aufgenommen haben.“

Anders ausgedrückt: Herzl wollte jedem einzelnen Juden die Wahlfreiheit belassen, ob er sich religiös, kulturell, als Angehöriger der Schicksalsgemeinschaft oder anders definiere.

Folgerichtig war im Baseler Programm von 1897 von einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina für Ackerbauern, Handwerker und Gewerbetreibende die Rede, nicht jedoch von jüdischer Tradition und Religion, obwohl die Mehrheit der 197 Delegierten aus 24 Ländern aus Osteuropa stammte.

Die „arabische Frage“

Das künftige Verhältnis zur arabischen Bevölkerung in Palästina fand bei den Vorläufern des politischen Zionismus keine gesonderte

Aufmerksamkeit. Von Herzls Stellvertreter Max Nordau ist die Überraschung überliefert, dass es im Lande Araber gebe.

Nachdem er sich während seines Besuchs 1898 entsetzt über die sozialen Verhältnisse in Jerusalem geäußert hatte, zeichnete Herzl in seinem Roman „Altneuland“ vier Jahre später ein erstaunliches Bild des harmonischen Zusammenlebens, das mit den Lebensverhältnissen beider Bevölkerungsteile nichts zu tun hatte. Asher Zvi Ginsberg (1856 – 1927), besser bekannt unter seinem Pseudonym Achad Haam („Einer aus dem Volke“) – gehörte zu den wenigen, die frühzeitig vor Ignoranz warnten. Selbst wenn das arabische Volk gegenwärtig ruhig bleibe, lasse es sich nichts anmerken, bis die Zeit zum Handeln reif sei.

Der politische Zionismus trat nicht nur als Träger einer „verspäteten Nation“ (Helmuth Plessner) auf, sondern im Gegensatz zu anderen kolonialen Bewegungen seiner Zeit kamen die Einwanderer als Verfolgte und vom Tode Bedrohte in Palästina an. Das galt für die Immigranten aus dem zaristischen Russland, aus Polen der Zwischenkriegszeit und aus dem deutschsprachigen Raum seit 1933. Darin zu erinnern, gehört zum Vermächtnis in kontroversen politischen Debatten unsrer Tage.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg

Der 1921 von den Briten eingesetzte Oberrabbiner Abraham Isaac Kook bildete das Scharnier zwischen rabbinischer Religion und zionistischer Politik. An die Adresse der Einwanderer schrieb er:

„Selbst wenn sie keine Gebetsriemen tragen, so tragen sie doch Mauersteine zum Haus des Landes Israel bei.“ Aus der schamlosen Freizügigkeit der Pioniere werde sich dereinst das geliebte Joch der Thora („Ol haTorah“) erheben.

Auf Kook ging 1924 die Gründung der nach ihm benannten Talmud-Thora-Schule in Jerusalem zurück, die „Yeshivat Merkaz haRav“ zurück, die in den 1960er Jahren unter dem Einfluss seines Sohnes Zvi Yehuda Kook zur prägenden Anstalt für eine ganze Generation fundamentalistisch argumentierender und handelnder Theologen wurde.

Die Zeit nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Kontroversen zum Verhältnis von Politik und Religion zum Stillstand. Vielmehr standen zunächst die Einwanderung der Überlebenden aus Europa und seit 1949 die Integration von vielen tausend Männern, Frauen und Kindern aus arabischen und islamischen Ländern im Mittelpunkt.

Der UN-Teilungsplan vom November 1947 empfahl die Schaffung eines jüdischen und eines arabischen Staates auf der Grundlage eines nationalen Verständnisses. Wäre es anders gewesen, hätte er von einem moslemischen oder moslemisch-christlichen Staat gesprochen.

Die Eingangssätze der Unabhängigkeitserklärung Israels vom 14. Mai 1948 suchten einen Mittelweg:

„Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. ... Nie wich seine Hoffnung, nie verstummte sein Gebet um Heimkehr und Freiheit“.

Ähnlich mehrdeutig lauteten die Eingangssätze der Unabhängigkeitserklärung Palästinas vom 15. November 1988:

„Der Palästinensische Nationalrat – das Exilparlament – erklärt im Namen Gottes und des palästinensisch-arabischen Volkes die

Schaffung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden und seiner heiligen Hauptstadt Jerusalem.“

Die Verabschiedung einer Verfassung in Israel scheiterte: Die Religiösen verwiesen auf die Thora, und David Ben-Gurion wollte sie nicht, weil er die Politik auch künftig kontrollieren wollte. Bei einem Vortrag in Frankfurt am Main kritisierte der als „einsamer Wolf der Orthodoxie“ charakterisierte Yeshayahu Leibowitz (1903 -1994) den ersten Ministerpräsidenten David Ben-Gurion als Antisemiten, weil er der Gründung des Staates Israel den Vorrang vor dem Judentum eingeräumt habe.

1967: Der Abschied von der politischen Rationalität

Nach diesen Hinweisen auf die innerjüdischen und innerzionistischen Kontroversen stellt sich die Frage, welche Narrative mit welchen ideologisch-weltanschaulichen Kontinuitäten seit 1967 erkennbar geworden sind.

Dazu drei Einschätzungen:

Zunächst: Die Steuerungsfähigkeit der Politik in eigener Verantwortung ist geschwunden. Die theologische Trias „Volk Israel, Thora Israels, Land Israel“³ hat nachgeholt, was in der arabischen und islamischen Welt tief verankert ist: die Vorstellung von der „Umma“ – der Gemeinschaft der Gläubigen mit dem Primat der politischen Souveränität im arabischen Raum und der „Sharia“ als vornehmster Quelle der Rechtsprechung. Hier wie dort sind die kollektive religiöse Verbindlichkeit sowie die Entscheidung über Demokratie, Partizipation und Rechtsstaat aufgerufen.

³ Gen. 12,1 ff.; Deut. 6,1 ff.; Deut. 11,21.

In Israel ist der politische Zionismus als eine säkulare Nationalbewegung mit dem Angebot einer offenen Gesellschaft dem „Yeshiva-Nationalismus“ gewichen – einer Symbiose aus Religion und Politik mit starken fundamentalistischen Zügen. Entsprechend der göttlichen Verheißung ist Sein Friede höher als die menschliche Vernunft. Die „Hebräer“ unter uns kennen das Lied von *Gott in Seiner Höh, der uns allen Frieden bringen wird*.

Es war das Verdienst des 1994 in Jerusalem verstorbenen Yeshayahu Leibowitz, dass er unter Verweis auf die biblischen Warnungen und Schuldsprüche die Bedingungslosigkeit göttlicher Zusagen strikt zurückwies. Die Verehrungszeremonien an der westlichen Umfassungsmauer des ehemaligen Zweiten Tempel („Klagemauer“) waren ihm reiner Paganismus.

Als weiteres Stiftungsmerkmal ist nach 1967 die zur Identitätsstiftung ausgerufene Zentralität der Shoah hinzugetreten, die jüngst aus berufenem Munde noch einmal von Yehuda Bauer heftig kritisiert worden ist. Der Wissenschaftshistoriker Yehuda Elkana (1934 – 2012) sah die Demokratie gefährdet, „wenn die Erinnerung an die Toten aktiven Anteil am demokratischen Prozess hat“. Ich füge hinzu: Wenn der Holocaust als Zivilisationsbruch, als das letztlich unerklärbare Verbrechen, gedeutet wird, erscheint die Abkehr von Demokratie und Rechtsstaat nur folgerichtig.

Die erste Generation der religiösen Siedler in der Westbank meldete sich zu Wort: Moshe Levinger, Shlomo Aviner, Michael Ben-Ari, Yoel Bin-Nun, Chaim Druckman, Hanan Porat und Abraham Shapira – die „Charedim“⁴ – und ihre nationalistischen Gesinnungsgenossen wie Dov Ben-Meir, Elyakim Haetzni, Israel Harel und früh der ehemalige Jabotinsky-Sekretär Chaim Yachil sowie gefeierte Autoren wie „Shai“

⁴ Deut. 6,2: „... damit du den Herrn, deinen Gott, fürchtest alle Tage Deines Lebens und alle seine Bestimmungen und Gebote hältst, die ich dir heute anbefehle...“

Agnon, Nathan Alterman und Moshe Shamir, die sich allesamt zu den Säkularen rechneten.

Die dem Religionsgesetz Entwöhnten widmeten sich dem Aufbau des Landes, ohne die talmudische Skizze vom „Esel des Messias“ zu begreifen. So ist die Bemerkung von Verteidigungsminister Moshe Dayan zu verstehen:

„Ich weiß, dass es eine Resolution 242 des [UN-]Sicherheitsrates gibt, einen Rogers-Plan, einen Dayan-Plan, einen Allon-Plan und noch andere Pläne. Aber es gibt etwas Bedeutenderes und Größeres als alle diese [Pläne], und das ist das Volk Israel, das in seine Heimat zurückgekehrt ist.“

Im Februar 1974 entstand der „Block der Glaubenstreuen“ („Gush Emunim“). Für ihn war, wie es der vor kurzem verstorbene frühere sefardische Oberrabbiner Ovadia Yosef ausdrückte, die ganze Thora-Rolle nicht kosher, wenn nur ein Buchstabe fehle. *„Dasselbe gilt für das Land Israel, dem kein Zipfel abhandenkommen darf.“* Die Ermordung Yitzhak Rabins Anfang November 1995 passte in diese Logik der Verdammnis eines Teilrückzugs aus der Westbank.

Jüngster Beleg für die fundamentale Zäsur ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, bei den Meldeämtern an die Stelle der Staatsbürgerschaft Israels die Eintragung „Jude“, „Araber“ oder „Druse“ als ethnisch verfasste Nationalität zu setzen. Wohl unbeabsichtigt wäre damit die Richtung in einen Vielvölkerstaat eingeschlagen. Schon ist befürchtet worden, dass die nationalen Gemeinschaften in Israel gegeneinander in Stellung gebracht werden.

So hat der Jurist und an der Hebräischen Universität Jüdisches Denken und Philosophie lehrende Moshe Halbertal darauf hingewiesen, dass ein Staat, der sich ethnisch-kulturell definiere, einen demokratischen Charakter nur dann für sich reklamieren

könne, wenn er den ethnisch-kulturellen Minderheiten in seiner Mitte ebenfalls dieses Recht auf ethnisch-kulturelle Selbstbestimmung einräume.

Andere Autoren haben sich in den letzten Tagen dagegen verwahrt, dass der Beginn von Verhandlungen mit den Palästinensern über Jerusalem von 80 der 120 Abgeordneten gebilligt werden müsse. Wahrscheinlich traue man dem Ausgang eines Referendums nicht.

Interessant wird die Beteiligung bei den heutigen Kommunalwahlen in Jerusalem sein. Da sich ja doch nichts ändere, könnte sie unter den jüdischen Wählern gering ausfallen, während die arabischen Stadtbürger überwiegend erneut nicht an die Urnen gehen werden, obwohl sich ihr Gewicht politisch auszahlen würde⁵.

Schließlich an die Adresse unserer Damen und Herren Politiker und Journalisten:

Die Bezeichnung Israels als jüdischer Staat belegt ein grobes Missverständnis dessen, was darunter vor Ort diskutiert und verstanden wird. Statt überflüssiger Überlegungen sollte die Diplomatie verstehen, dass jüdische Israelis und arabische Palästinenser, gleichgültig ob sie im Staat Israel in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 leben oder in den seither besetzten Gebieten, die einzigen natürlichen Verbündeten in der Region sind. Ein wichtiger Auftrag der auswärtigen Diplomatie ist es, sie in dieser Einsicht zu unterstützen und sich dabei jenen Agitationsmodellen zu verschließen, die mit dem „demographischen Faktor“ argumentieren.

III. Schlussbemerkungen:

⁵ Der Ausgang der Kommunalwahlen lässt keine großen Überraschungen erkennen. Vgl. die Zusammenfassungen in der Menüleiste „Chronologie-2013“ unter dem Datum 15.10.2013 in der Homepage www.reiner-bernstein.de.

Entgegen allen Verweisen auf den Zionismus als säkularer nationaler Befreiungsbewegung hat sich Israel nach 1967 der biblischen Verheißung oder dem Fluch vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9) angenähert. Die Religionskultur ist zum allgegenwärtigen Deutungskorpus geworden. „*Bitachon*“ heißt nicht nur „Sicherheit“, sondern bedeutet auch „Vertrauen in Gott“. Die einen befürchten, die anderen erwarten es: Israel als Staat seiner Bürger hat geringe Erfolgchancen – und mithin die Entstehung eines souveränen Nationalstaats Palästina an seiner Seite, unabhängig von der Zerrüttung der territorialen Integrität Syriens mit Konsequenzen für den Libanon.

Das auf Offenheit angelegte Gesellschaftsmodell im Basler Programm von 1897 hat sich erledigt. Vergeblich haben aus dem deutschsprachigen Raum gebürtige Zionisten wie Hugo Bergman, Martin Buber, Hans Kohn, Judah L. Magnes (Studium in Berlin und Heidelberg), Gustav Landauer, Arthur Ruppin, Gershom Scholem, Akiva Ernst Simon und Robert Weltsch vor ideologisch fixierten Verengungen und vor schweren Kollisionen mit der arabischen Bevölkerung gewarnt – wie vor ihnen Achad Haam.

Nach Buber ist eine lächerlich kleine Straße auf dem Skopus benannt worden, ähnliche kleine Ehrungen für Landauer, Simon und Weltsch sucht man in der Stadt vergebens. Das Gleiche gilt für Shalom Ben-Chorin. Es kann die Behauptung vom Verrat an den Vorläufern und an bedeutenden Trägern des deutschsprachigen Bewegung im „Mainstream“-Zionismus wagen.

Die Skandale um Korruption und Bestechung unter Rabbinern sowie das lange Tauziehen um die Benennung der beiden neuen Oberrabbiner haben dem orthodoxen Establishment ebenso wenig geschadet, wie sich die Bevölkerungsmehrheit gegen die Unterwanderung staatlicher Institutionen, der Bürokratie, der

Knesset, des Militärs, der Gerichtsbarkeit sowie der politischen Vorfeldorganisationen verwahrt hat.

Dabei ist für die Eroberung der Gesellschaft trotz der fehlenden Homogenität der im religiösen Lager geradezu von Vorteil, weil damit unterschiedliche soziale und weltanschauliche Segmente in der Gesellschaft angesprochen werden. Eine „Protestantisierung“ der jüdisch-israelischen Kultur (Dan Diner) ist ausgeblieben.

So ist die Mahnung des als „machiavellistische Taube“ bezeichneten Jerusalemer Politikwissenschaftlers Yehoshafat Harkabi (1921 bis 1994) verhallt:

„Der Staat Israel kann vielleicht der Staat des jüdischen Volkes sein, aber er kann nicht der Staat der jüdischen Religion sein.“

Ende offen. Die Integration Israels in den Nahen Osten hat längst stattgefunden, und zwar in einer ganz anderen Weise, als dies erstmals in den späten 1960er Jahren auch in der alten Bundesrepublik diskutiert und gefordert wurde.
